

Schleswig-Holsteinischer Landtag**Kommissionsvorlage 17/92**

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 24098 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag

**Enquete-Kommission
„Norddeutsche Kooperation“**Institut Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung
-Grünland und Futterbau/Ökologischer Land-
bau-Hausanschrift:
Hermann-Rodewald-Str. 9, 24118 Kiel

Postanschrift: 24098 Kiel

www.grassland-organicfarming.uni-kiel.de

04.04.2011

Bearbeiter/in, Zeichen
Friedhelm Taube
Direktor**Mail, Telefon, Fax**
ftaube@email.uni-kiel.de
tel+49(0)431-880-2134
fax+49(0)431-880-4568**Stellungnahme Themenfeld „Energie-, Umwelt- und Klimapolitik“ 4.4.2011**

Vorbemerkung:

Aufgrund der eigenen Expertise im Bereich der Agrarumwelt- und Klimaforschung konzentriert sich die Stellungnahme auf Energie-, umwelt- und klimapolitische Kooperationswege sowie regenerative Energien im landwirtschaftlichen Kontext.

1. Gemeinsame Problemfelder im norddeutschen Raum**1.1 Landnutzungskonkurrenz Agrarische Rohstoffe – Energie – Naturschutz**

Die globalen Rahmenbedingungen hinsichtlich eines gleichermaßen steigenden Nahrungs- und Futtermittelbedarfs, Energiebedarfs aus nachwachsenden Rohstoffen und der Notwendigkeit der Erhaltung der Biodiversitätsfunktion (Naturschutz) führen insbesondere auf Gunststandorten der agrarischen Produktion zunehmend zu Landnutzungskonflikten, die einer politischen Steuerung bedürfen. Derzeit hat das mit erheblichen finanziellen Mitteln ausgestattete EEG zu gewissen Verwerfungen in der Landnutzung geführt, die sich insbesondere durch Landnutzungsänderungen wie Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland im norddeutschen Raum manifestieren. Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind die Bundesländer mit den höchsten Grünlandverlusten jeweils in Verbindung mit einem massiven Ausbau des Maisanbaus zu Zwecke der Biogaserzeugung. Wir konnten im Rahmen der Arbeiten des Kompetenzzentrums Biomasse Schleswig-Holstein (www.biogaseexpert.de) zeigen, dass diese Landnutzungsänderungen die prinzipiell positiven Effekte der Biogaserzeugung im Lande mit erheblichen zusätzlichen Emissionen belasten, die für Schleswig-Holstein jährlich eine Größenordnung von mehr als 100.000 t CO₂-Emissionen, 1000 t Ammoniakemissionen und 500 t Stickstoffeinträge in Gewässer ausmachen. Diese Zahlen konträrkieren die „Klima schonende Intention“ der Biogaserzeugung nach einem Grünlandumbruch. Zudem belasten insbesondere die mit den Ammoniakemissionen verbundenen zusätzlichen Stickstoffeinträge in Ökosysteme die Naturschutzziele, da seltene Arten in Schutzgebieten durch diese Eutrophierungseffekte gefährdet werden. Diese Problemstellung ist in S-H und Niedersachsen gleichermaßen relevant ohne dass ein abgestimmtes politisches Agieren zur Lösung dieser Landnutzungskonflikte erkennbar wäre. Unsere Gruppe hat basierend auf Forschungsergebnissen die Einrichtung von Vorrang- bzw. Eignungsflächenkonzepten für Naturschutz (FFH-Gebiete), extensive Landnutzung (Ökologischer Landbau) und Intensivlandwirtschaft vorge-

schlagen. Es wird angeregt, diese Konzepte in der Diskussion über die zukünftige Agrarpolitik gemeinsam mit Niedersachsen und Hamburg wieder aufzunehmen und ein gemeinsames Vorgehen für die norddeutschen Bundesländer anzustreben. Nur so erscheint uns eine Lösung der Landnutzungskonflikte auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse angemessen umsetzbar zu sein. Eine besondere Rolle kommt hierbei einer **gemeinsamen Landesplanung** zu, welche beispielsweise Tragfähigkeitskonzepte für die Ausweitung der Biogasanlagen erstellt und so einen unkoordinierten Ausbau dieser Technologie mit den damit verbundenen Landnutzungsänderungen vermeidet. Dies betrifft im Weiteren auch ein gemeinsames Agieren hinsichtlich der Neudefinition der „Guten fachlichen Praxis“ in der Landwirtschaft. Die derzeitigen Regelungen konterkarieren die Ziele des Wasserschutzes im Rahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die das Ziel vorgibt, die Gewässer bis zum Jahr 2015 in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Derzeit befinden wir uns jedoch auch aufgrund der oben angeführten Fehlentwicklungen auf einem Pfad in die entgegen gesetzte Richtung, was an den zunehmenden Nitratgehalten in Grund- und Oberflächengewässern ersichtlich ist.

1.2 Organisationsstrukturen in der Agrarumwelt- und Klimaforschung

Schleswig-Holstein ist u.a. durch die Etablierung der Kompetenzzentren Biomasse, Aquakultur und Milch in den vergangenen 5 Jahren vergleichsweise gut in der Agrarumweltforschung aufgestellt. Dies wird durch eine Vielzahl zusätzlicher Projekte relevanter Gruppen an der CAU untermauert. Gleichwohl wäre ein koordiniertes Vorgehen bezüglich der Etablierung gemeinsamer Forschungsstrukturen mit dem Land Niedersachsen von Vorteil, um die internationale Sichtbarkeit der Forschung zu erhöhen. Derzeit ist eindeutig zu konstatieren, dass in diesen Forschungsfeldern eine intensive Kooperation der A&E Fakultät der CAU mit Dänemark gelebt wird als mit benachbarten Bundesländern. Insbesondere im Rahmen der EU-Interreg – Projekte konnten mehrere interdisziplinäre Großprojekte mit den Universitäten Odense und Aarhus realisiert werden („Plants for Health“; „Ressourceneffizient Milchproduktion“, „Organic Wheat“ etc.).

In Niedersachsen ist die Agrarfakultät der Universität Göttingen ein exzellenter Partner, gleichwohl waren Versuche einer stärkeren institutionellen Kooperation bisher nicht erfolgreich, da seitens der Göttinger Kollegen wie der Landespolitik in Niedersachsen eine Kooperation innerhalb Niedersachsens bzw. mit der Universität Kassel (Witzenhausen) Vorrang genoss. Entsprechende Initiativen der CAU Kiel, einen Forschungsverbund im Agrarbereich zwischen den Universitäten und der Bundesforschung (Max-Rubner Institut Kiel, JKI und vTI Braunschweig) waren daher bisher nicht umsetzbar. Diese Ansätze sollten jedoch unbedingt im Rahmen einer norddeutschen Kooperation weiter verfolgt und intensiviert werden.

Dies allein vor dem Hintergrund, um bei der Einwerbung von Forschungsgeldern bei der EU schlagkräftige Infrastrukturen zu schaffen, die es den Forscher ermöglichen, Großprojekte als Koordinatoren zu beantragen. Bisher ist dies nur sehr begrenzt möglich, da an den einzelnen Universitäten die personelle Ausstattung fehlt, um derartige Forschungsanträge administrativ zu koordinieren. Ein zentrales Büro „EU-Forschungsförderung“ nach niederländischem oder dänischem Vorbild für den norddeutschen Raum könnte hier gemeinsam mit dem Hanse-Office bzw. durch einen entsprechenden Ausbau des selben erhebliche Effizienzsteigerungen in der Einwerbung von EU Forschungsgeldern sicher stellen. Eine solche Koordinationsstelle hätte oberste Priorität, um eine effiziente Umwelt- und Klimaforschungsinfrastruktur in Agrarökosystemen Norddeutschlands zukunftsfähig zu organisieren.

04.04.2011

Prof. Dr. Friedhelm Taube